

Bern



Ozon-Ticket

Manuel C. Widmers Anliegen ist beim Gemeinderat chancenlos. 23

Eine Verschnaufpause gibt es erst nach den Wahlen

Der Könizer Student Jonas Hirschi ist erst 18 Jahre alt – trotzdem macht der umtriebige Aktivist schon Wahlkampfvideos für die Berner SP-Nationalratskandidatin Nadine Masshardt.

Martin Zimmermann

«Nadine - what else?» Nein, Nestlé hat seine beliebten Kaffeekapseln nicht klammheimlich umbenannt. Mit obigem Spruch wird nicht für braune Bohnen, sondern vielmehr für eine rote Politikerin geworben: Nadine Masshardt. In mehreren im Internet zirkulierenden Videos wird die 27-jährige SP-Grossrätin zur Wahl in den Nationalrat empfohlen. Der Clou: Stets werden dabei aus der Fernsehwerbung bekannte Sujets und Slogans auf die Schippe genommen. So wird aus «Brille: Fielmann» etwa «Politik: Masshardt» und bei «Ein N besser» ersetzt das «N» konsequenterweise das «M» des altherwürdigen Schweizer Detaillisten.

Für die Kurzfilmchen verantwortlich ist der Könizer Jonas Hirschi - Jahrgang 1993: «Wir wollen mit den Videos junge Leute ansprechen, die ansonsten nicht viel mit Politik am Hut haben», sagt der zurückhaltend wirkende junge Erwachsene. Natürlich seien die Spots daher «etwas frech». Dieser Schuss Frechheit

Youtube und Facebook nicht verzichten. Daneben besprechen die beiden auch das Konzept für das fünfte und letzte Video - keine Werbe-Persiflage diesmal, sondern ein klassisches «Mobilisierungsfilmchen», wie Hirschi sagt. Die Kosten für die Filmkampagne belaufen sich nach seinen Angaben übrigens auf «unter 100 Franken». Der grösste Budgetposten sei das Bio-Gemüse gewesen, das im «Ein N besser»-Spot zum Einsatz kam. Die Schauspieler hingegen seien alle gratis vor die Kamera gestanden.

Mit 13 in die Politik

Auch Hirschi selbst macht die ganze Arbeit ehrenamtlich, wie er betont, weil er «von der Sache überzeugt» sei. Überhaupt: Der bisherige Lebenslauf des Wahlkampfhelfers entspricht nicht dem Klischee des antriebslosen, desinteressierten Jugendlichen: Im Alter von 13 Jahren trat er dem Könizer Jugendparlament bei - damals noch als Parteiloser -, weil ihn «die Sachpolitik» interessiere, sagt er. Dort half er unter anderem mit, in Köniz ein kleines Filmfestival auf die Beine zu stellen. Inzwischen ist er SP-Mitglied und sitzt im Verein «Läbigi Stadt», der sich für weniger motorisierten Verkehr in der Stadt und mehr Lebensqualität stark macht, sowie in der kantonalen Vereinigung gegen Fluglärm.

Im Alter von 16 Jahren warb ihn Nadine Masshardt ein erstes Mal für eine politische Kampagne an, sinnigerweise für die Einführung des Stimmrechtsalters 16. Obwohl das Anliegen an der Urne scheiterte, blieb Hirschi der Grossrätin treu. Ihm imponierte ihr Einsatz für die Jungen, für umweltpolitische Themen sowie «für mehr Transparenz in der Politik», sagt er. Und er möge die freundschaftliche und kreative Atmosphäre in ihrem Wahlkampf-Team.

Den in letzter Zeit öfters zitierten Rechtstrend bei den Jungen konnte er bislang im Übrigen nicht beobachten: «Bei uns am Gymer waren die meisten schon links», sagt er. Wie die Situation an anderen Schulen aussehe, wisse er freilich nicht.

Zu jung zum Wählen

Kampagnen, Jugendparlament, Studium: Artet so viel Engagement nicht in Stress aus? - «Na ja, jetzt wo das Semester angefangen hat, werde ich schon etwas kürzer treten müssen», meint Hirschi; allerdings erst nach den Wahlen. Der 23. Oktober ist ihm umso wichtiger, als er nun erstmals wählen darf. Die Berner Ständeratswahlen am 6. März habe er «leider knapp verpasst»,

seinen 18. Geburtstag feierte er vier Tage später.

Ob er es sich denn vorstellen könnte, dereinst selbst im Nationalrat zu sitzen? «Mein Name steht zwar schon auf der Juso-Liste», sagt er dazu. «Aber im Moment steht ganz klar Nadine Masshardts Kampagne im Vordergrund, nicht meine.» Grosse Wahlchancen rechnet sich der umtriebige Jungaktivist denn auch nicht aus. Realistischer erscheint

für ihn der baldige Einstieg in die Kommunalpolitik: «Vielleicht kandidiere ich 2013 ja fürs Könizer Parlament.»

Der «Bund» stellte in einer Serie verschiedene Wahlhelfer vor - dies ist der letzte Beitrag. Erschienen sind:

- der PR-Berater (17. 9.),
- die professionelle Beterin (21. 9.),
- der Ehemann (24. 9.)
- der Plakatierer auf dem Lande (1. 10.).

Anzeige



JACQUES DE HALLER - DEM MENSCHEN VERPFLICHTET.

In den Nationalrat Liste 3

www.jacquesdehaller.ch



Eidgenössische Wahlen

23. Oktober 2011

www.wahlen.derbund.ch



kann zwar auch nach hinten losgehen: «Die Migros hat uns freundlich gebeten, das «Ein N besser»-Video zu löschen», sagt Hirschi. Das Unternehmen habe sich nicht für den Wahlkampf einspannen lassen wollen.

Grösster Budgetposten: Gemüse

Der begeisterte Hobbyfilmer wohnt seit kurzem in einer Studentenwohnung im Länggassquartier. Die Uni Bern, wo er seit drei Wochen Volkswirtschaft studiert, ist nur wenige Schritte entfernt. Ein Studium im Bereich Film habe er eigentlich nie ernsthaft in Erwägung gezogen, sagt Hirschi. Er wolle sein Hobby aber auf alle Fälle weiterbetreiben, vor allem Dokumentarfilme hätten es ihm angetan. Heute zieht es den 18-Jährigen aber nicht in den Hörsaal, sondern in eine nahe Crêperie, wo er sich mit Nadine Masshardt zum Mittagessen verabredet hat. Es gilt die finale Phase der Kampagne vorzubereiten. Das heisst zum Beispiel: Termine zum Flyerverteilen finden. Auf solche klassischen Wahlkampfinstrumente kann man auch im Zeitalter von



Wahlhelfer Jonas Hirschi bespricht die finale Wahlkampfphase mit SP-Kandidatin Nadine Masshardt. Foto: Valérie Chételat

Unbewilligte Demonstration gegen den Kapitalismus zur «Hauptshoppingzeit»

Morgen wird um 16 Uhr in der Berner Innenstadt gegen den Kapitalismus demonstriert. Die SVP fordert, dass die Polizei einschreitet.

Timo Kollbrunner

Morgen Nachmittag um 16 Uhr wird bei der Heiliggeistkirche am Bahnhof Bern ein Demonstrationsumzug starten - für die Abschaffung des Kapitalismus. Die Demonstration sei unbewilligt, sagt der Berner Sicherheitsdirektor Reto Nause (CVP) auf Anfrage. «Die Polizei wird bereit sein und das Geschehen genau beobachten.»

Die Kundgebung soll der Höhepunkt sein einer antikapitalistischen Kampagne, in deren Rahmen seit Ende August Anlässe durchgeführt werden - eine Gummiboot-Demo etwa, eine Quizshow namens «Wer wird Revolutionär» oder - gestern Abend auf dem Waisenhausplatz - ein Einkaufswagenrennen. Eine Gruppe grösstenteils sehr junger Menschen nahm den Waisenhausplatz in Beschlag,

um als Kritik am Kapitalismus mit dekorierten Einkaufswagen in friedlichem Rahmen um die Wette zu rollen - beobachtet von einer Handvoll Polizisten. Wer hinter den Aktionen steckt, ist schleierhaft. Auf der Internetseite des Kampagnen-Teams steht geschrieben, «verschiedene Gruppen und Einzelpersonen aus den Regionen Bern und Solothurn» seien dafür verantwortlich.

SVP fordert «rigoroses» Vorgehen

Klar ist: Das «Bündnis Alle gegen Rechts» ruft auf seiner Homepage zur morgigen Demonstration auf - das Kollektiv also, das bisher für die Organisation der antifaschistischen Abendspaziergänge verantwortlich war. In den letzten beiden Jahren hatte der antifaschistische Abendspaziergang Ende September (2009) beziehungsweise Anfang Oktober (2010) stattgefunden. Ist die antikapitalistische Demonstration also einfach ein Ersatz für einen 11. Antifaschistischen Abendspaziergang? Die jungen Menschen, die gestern am Einkaufswägelchen-Parcours teilnahmen, wollten sich nicht dazu äussern, ob es sich um denselben Anlass in

neuem Gewand handle. Nur das Kollektiv könne dazu Stellung nehmen, und das nur per Mail, hiess es. Doch auch die schriftlich gestellten Fragen blieben unbeantwortet.

Roland Jakob, Fraktionspräsident der SVP-plus-Fraktion im Stadtrat, sagt auf Anfrage, ob antifaschistisch oder antikapitalistisch, das spiele für ihn keine Rolle. «Für uns ist das genau das Gleiche. Es kommt ja aus der selben Ecke.» Für Jakob ist klar, was der Gemeinderat zu tun hat. Er müsse «rigoros durchgreifen» und dürfe einen Umzug durch die Innenstadt keinesfalls tolerieren. Der Gemeinderat habe den Auftrag, das geltende Recht durchzusetzen. Unbewilligte Demonstrationen dürfe es in Bern «einfach nicht mehr geben». Die SVP erwarte, dass die Demonstranten «angehalten, kontrolliert und angezeigt werden», sagt Jakob. Die Kosten für das Polizeiaufgebot seien ihnen in Rechnung zu stellen. SP-Co-Präsident und Stadtrat Thomas Göttin sagt dagegen auf Anfrage, präventive Forderungen nach Anhaltungen seien «sicherlich der falsche Weg». Man gehe davon aus, dass die

Demonstration friedlich ablaufen werde. Und man hoffe, die Polizei werde bei einem allfälligen Einsatz verhältnismässig handeln.

«Schwierige Bedingungen»

Sicherheitsdirektor Reto Nause findet es «bedauerlich», dass sich die Veranstalter um eine Bewilligung focht hätten. Das mache die Situation für beide Seiten schwieriger und weniger vorhersehbar.

In den beiden vergangenen Jahren wurde mit dem «Bündnis Alle gegen Rechts» von behördlicher Seite pragmatisch umgegangen - die Abendspaziergänge wurden bewilligt, obwohl gar kein formales Gesuch eingereicht worden war. Im Gegenzug informierten die Organisatoren die Stadt über die Route, die erwartete Teilnehmerzahl und den Zeitpunkt der Demonstration. So habe man auch abschätzen können, wie der öffentliche Verkehr betroffen sein würde, sagt Nause. 2009 verlief der Abendspaziergang ohne grössere Zwischenfälle, der Gemeinderat bezifferte den Schaden auf 5000 Franken. Auch 2010 war es ruhiger als in früheren Jah-

ren, doch die Schadenssumme betrug laut Gemeinderat 25 000 Franken. Die Regierung wertete dies als Vertrauensmissbrauch. Weil die antifaschistischen Abendspaziergänge «nicht reibungslos» verlaufen seien, sagt Nause, bestehe man nun wieder auf einer formalen Bewilligung.

Doch weil für morgen nicht um eine Bewilligung ersucht wurde, ist lediglich bekannt, wann und wo sich die Demonstranten treffen werden. «Das sind schwierige Bedingungen», sagt Nause. Dass der Umzug während der «Hauptshoppingzeit» stattfinden solle, mache die Sache nicht einfacher. Die Frage, ob man während der Ladenöffnungszeiten eine Kundgebung durch die Innenstadt tolerieren werde, will Reto Nause nicht generell beantworten. «Es kommt darauf an, wie die Leute in Erscheinung treten», sagt er. Sollte es zu Sachbeschädigungen kommen, werde die Polizei eingreifen. Und der Sicherheitsdirektor sagt auch: «Wer an einer unbewilligten Demonstration teilnimmt, muss damit rechnen, von der Polizei angehalten zu werden.»